



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Rechnungsprüfungsausschuss

Niederschrift

über die 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses
am 13.02.2018 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Baumecker
Herr Andreas Muschinsky
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Thomas Czesky
Herr Christian Grüneberg

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Noack

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2017
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Bericht über die Prüfung ausgewählter Erträge und Aufwendungen des Produktes 547010 – Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) – in den Jahren 2014 – 2016 in Vorbereitung der Prüfung der Jahresabschlüsse 2014 - 2016 5-3440/18-RPA
- 7 Anträge

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Baumecker, begrüßt alle Anwesenden. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2017

Zu der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2017 liegen keine Einwendungen vor. Die Seite 3 von 5 der Niederschrift wird ausgetauscht. Frau Ritschel ist es aufgefallen, dass inhaltlich Wörter fehlten. Im Satz - Unter Beachtung der Personalsituation sei die Aufzählung - „beeindruckend“ - wurde hinzugefügt, auf der Seite 4 hat sich nichts geändert. Die Austauschseite wird zu den Akten genommen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen von Einwohnern vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen von den Ausschussmitgliedern vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Die Landrätin, Frau Wehlan, informiert den Rechnungsprüfungsausschuss, dass lt. Aussage des Kämmerers vom 05.02.2018 der Jahresabschluss 2014 im April 2018 an das Rechnungsprüfungsamt übergeben wird. Eine Befassung mit dem geprüften Jahresabschluss wird vor Juni 2018, nicht möglich sein.

TOP 6

Informationsvorlagen

TOP 6.1

Bericht über die Prüfung ausgewählter Erträge und Aufwendungen des Produktes 547010 – Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) – in den Jahren 2014 – 2016 in Vorbereitung der Prüfung der Jahresabschlüsse 2014 - 2016 (5-3440/18-RPA)

Frau Ritschel informiert, dass im Jahr 2017 die Prüfung ausgewählter Erträge und Aufwendungen des Produktes 547010 – Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) – in den Jahren 2014 – 2016 in Vorbereitung der Prüfung der einzelnen Jahresabschlüsse 2014 – 2016 durchgeführt wurde. Im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung des Landkreises Teltow-Fläming erfolgt die Wahrnehmung der Aufgabenträgerrolle für den öffentlichen Nahverkehr als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe. Diese Aufgabe wird in Zusammenarbeit zwischen dem Sachgebiet ÖPNV, den Verkehrsunternehmen, dem Ministerium Infrastruktur und Landesplanung, dem Landesamt für Bauen und Verkehr, dem VBB Berlin/Brandenburg sowie anderen Landkreisen und Kommunen des Landkreises durchgeführt. Unter anderem werden in dem Fachbereich Landesmittel und kreisliche Mittel für Verkehrsunternehmen und die Kommunen beantragt, bewilligt, aus- und weitergereicht als auch die Verwendung der Ausgleichszahlungen abgerechnet. Diese Verfahrensweise wurde einer Prüfung unterzogen. Insbesondere ging es um die Bewilligung und Weiterleitung als auch die buchungstechnische Bearbeitung der einzelnen Vorgänge in den Ergebnisrechnungen und Finanzrechnungen sowie in den Bilanzen der Jahre 2014 bis 2016. Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes berichtet über Ergebnisse und Feststellungen dieser Prüfung.

Die Landrätin kennt kein Gesetz der Landesregierung, was eine Aufgabenträgerschaft für eine Kommune beschreibt, welche freiwillig ist. Fast eine halbe Million Euro musste die Kreisverwaltung in die Hand nehmen, um die Landeshauptstadt für ein Teilstück des Korridors vom Osten nach Westen anzuschließen, weil die Korridorlinie Wünsdorf-Potsdam ersatzlos durch das Land gestrichen wurde. Die Landesmittel, die hier aufgeführt sind und uns zur Verfügung stehen, sind Regionalisierungsmittel des Bundes. Das Land fördert mit keinem Euro den ÖPNV, auch nicht die Schülerbeförderung. Es sind alles Bundesmittel, die zur Finanzierung dieser Aufgaben eingesetzt werden. Da wir dieses Thema nur vordergründig von den buchungstechnisch ordentlichen Handlungsweisen betrachten, ist es wichtig, dass der politische Raum auch um diese Zusammenhänge weiß, denn für eine freiwillige Aufgabe werden Jahr für Jahr steigende Ausgaben als ein Zuschuss des Landkreises getätigt.

Frau Wehlan bedankt sich bei den anwesenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die gute Arbeit, der Bericht ist einer der sich sehr positiv abhebt. Die Stellungnahme vermittelt natürlich diesen positiven Blick auf das Geschehen insgesamt, nimmt aber an entsprechender Stelle, wo auch das Rechnungsprüfungsamt in den Bemerkungen oder Anmerkungen tätig geworden ist, nochmals expliziert Stellung, was sich auch in einer ordentlichen Zusammenarbeit Fachamt/Kämmerei vermittelt. Die fehlerhaften Buchungen betreffs investive Zuwendungen sowie Rückstellung sind in Zusammenarbeit zwischen Fachamt und Kämmerei zu regulieren. Die Thematik Vertragsregister, ist ein Thema für die gesamte Verwaltung. Über die fachliche Klarheit vermittelt sich auch das zentrale Vertragsregister und ist bei jedem Jahresabschluss ein Thema. Gleiches gilt für das Prozessregister Herr Baumecker bedankt sich für die Informationen zum Bericht.

Herr Czesky stellt fest, dass der Nahverkehr dem Landkreis jährlich 3 Mio Euro kostet. Er vermisst in der Darstellung die Generierung von Einnahmen.

Herr Baumecker informiert, dass die Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming (VTF) die Erträge hat und der Landkreis die Defizite trägt.

Frau Wehlan teilt mit, dass der Landkreis mit dem VTF einen Verkehrsvertrag hat.

Weitere Informationen zum Haushalt erteilt Frau Schade. Sie informiert, dass konkrete Fahrgeldeinnahmen durch den Landkreis nicht zu generieren sind, diese sieht man nur bei der VTF. Seit 2016 besteht ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag, wo eine Trennungsrechnung durchführt und dieses Defizit letztendlich ausgeglichen wird. Dieser Vertrag ist bis 2026 gebunden. Er wurde vom Kreistag beschlossen und dementsprechend erfolgt dieser Defizitausgleich.

Herr Czesky, stellt fest, dass der Landkreis den Haushalt von VTF mit diesen 3 Mio Euro ausgleicht, obwohl der VTF zwar Einnahmen generiert aber seine Ausgaben so hoch sind, dass wir immer nachschießen müssen.

Weiterhin stellt Herr Grüneberg die Frage zum Thema Landesinvestitionsmittel bzw. tatsächlich Barrierefreiheit bis zum Jahr 2022. Ist die Abrufquote auf Grund des relativ hohen Eigenanteils nicht so hoch, weil die Gemeinden finanziell nicht in der Lage sind?

Gibt es eine Übersicht, wie viele Baumaßnahmen bis 2022 in diesem Bereich tatsächlich noch notwendig sind, um eine Grundversorgung an barrierefreien Zustiegsmöglichkeiten herzustellen und wie hoch ist der tatsächliche Finanzbedarf? Reichen die zurückgestellten Mittel aus, um das bewältigen zu können und auch unter der Maßgabe, dass der Eigenanteil geringer ist und demzufolge die finanziellen Mittel nicht ausreichen

Frau Schade informiert, dass es dazu noch keine Übersicht gibt. Es fehlen Definitionen zur vollständigen Barrierefreiheit, um entsprechende Ausschlusskriterien festzulegen. Diese müssten dann im Nahverkehrsplan verankert werden und ein Haltestellenkataster wäre zu erarbeiten. Derzeit wird der bestehende Nahverkehrsplan evaluiert. Die Überlegungen und Festlegungen gehen dahin, dass Bushaltestellen grundsätzlich barrierefrei sein müssen, die im Stadtverkehr befahren werden. Aus jetziger Sicht ist es nicht möglich und auch nicht realisierbar, in jedem kleinen Dorf bis 2022 die Haltestelle barrierefrei herzustellen und sind bei weitem nicht mit diesen finanziellen Mitteln zu schaffen. Die Kommunen müssen ihren Eigenanteil erbringen, was sie meistens nicht schaffen und sich daher in den hohen Ansammlungen von zweckgebundenen Mittel widerspiegelt.

Herr Akuloff fragt an, ob es buchungstechnische Probleme mit den Rückstellungen gibt? Im Bericht steht der Satz, dass falsch gebucht wurde oder als investive Mittel nicht gebucht werden darf, für die sie ja als ursprünglich vorgesehen waren? Die Barrierefreiheitsdefinition ist sehr dehnbar. Sind die Buchungen ein Hausproblem oder ist es vom Gesetzgeber so unklar formuliert? Was ist dafür die Ursache und was für ein Zeitfaktor liegt zur Klärung vor? Warum gibt es unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten von Buchungsvorschriften?

Frau Wache teilt mit, dass die nicht abgerufenen Mittel in der Eröffnungsbilanz als Rückstellung ausgewiesen wurden. Diese Verfahrensweise war so abgestimmt. Die Rückstellung ist in der Bilanz vorhanden. Grundsätzlich ist es so, dass diese Mittel für die Investitionen nur an Dritte zur Verfügung gestellt werden. Investitionen dürfen jedoch nicht in den Rückstellungen verbucht und auch nicht so dargestellt werden. Wir müssen uns nach den gesetzlichen Vorgaben richten und haben schon erste Abstimmungen durchgeführt.

Herr Muschinsky fragt an, ob eine rückwirkende Änderung erfolgen muss? Frau Wache berichtet, dass die Änderung mit den aktuellen Jahresabschlüssen erfolgt. Vom VTF werden die gesamten getätigten Investitionen abgefordert und danach erfolgt die Umbuchung in Summe als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten. Parallel dazu werden die Inventargüter in unserer Bilanz abgeschrieben.

Herr Czesky bittet um Information zu den Fördermitteln für die Bushaltestellen und die zusätzlichen Zuschüsse für Busse. Wie ist der Prozentanteil des Landes?

Frau Schade antwortet, laut Zuwendungsbescheid vom Land müssen mindestens 18,55 % der gesamten Landesmittel investiv verwendet und entsprechend nachgewiesen werden. Herr Muschinsky bittet um Auskunft über die Verwendung zweckgebundener Zuwendungen, die nicht weitergeleitet bzw. nicht von den Kommunen abgerufen worden sind. Frau Wache teilt mit, dass es sich bei Rückstellungen in der Bilanz um Verbindlichkeiten mit unbestimmten Zahlungsterminen handelt. Herr Baumecker und Herr Muschinsky fragen nach, ob es für die in der Rückstellung befindlichen Mittel Zinserträge gibt. Frau Wache teilt mit, dass keine Verpflichtung besteht, diese Mittel anzulegen, da sich der Landkreis mit Kassenkrediten finanziert. Diese Mittel mindern den Kassenkredit und bei Abruf erhöht sich der Kassenkredit entsprechend. Herr Baumecker stellt fest, dass die Problematik – Schaffung eines Vertragsregisters - immer wieder durch das RPA angemahnt wird. Worin liegen die Ursachen? Frau Wache erläutert das Vertragsregister. Diese Problematik ist seit der Eröffnungsbilanz bekannt. Das Rechnungsprüfungsamt trifft die Feststellung aufgrund der Nichteinhaltung des Grundsatzes der Vollständigkeit. Die Umsetzung gestaltet sich her dahin gehend als schwierig. U.a. sind Kriterien festzulegen, welche Verträge und Daten im Vertragsregister aufzunehmen sind, und es ist ein hoher Aufwand ein Vertragsregister aufzubauen, zu pflegen und zu führen.

Frau Wehlan teilt mit, dass der Aufwand hoch ist, weil noch keine Digitalisierung vorhanden ist. Herr Grüneberg stellt fest, dass es fachliche Einordnungen im Fachamt gibt, aber man braucht entsprechende Festlegungen, damit die Kämmerei bei der Haushalts- bzw. Jahresabschlusserstellung entsprechende Informationen entnehmen kann. Irgendwann sollte man dazu kommen, dass ein Vertrag gleich ins Vertragsregister eingetragen wird, um nachträgliche Arbeit zu vermeiden. Herr Czesky fragt nach, Wie die Finanzierung des ÖPNV in anderen Landkreisen geregelt ist.

Frau Wehlan gibt zu bedenken, dass der Landkreis Teltow-Fläming über Jahre in der Haushaltssicherung war. Da war das Thema, was kann finanziell abgebildet werden. Dieses Thema ÖPNV – ist heute Mobilität und zum harten Standortfaktor geworden. Gerade unsere Nordkommunen wissen um die Diskussion. Die potenten Landkreise werden hier mehr finanziell drauflegen können.

Herr Muschinsky informiert über die Probleme im nördlichen Bereich. Es gibt keine Ost-West-Verbindung. Die Betriebe an der A 10 entlang bekommen keine Auszubildenden, da die Azubis dort nicht hinkommen. Die Betriebe fordern von den Gemeinden eine Beteiligung an der Finanzierung des ÖPNV.

Frau Wehlan informiert, dass in der nächsten Kreistagssitzung dieses Thema ÖPNV mit aufgenommen wird.

Herr Baumecker teilt mit, dass der Bericht ausgiebig diskutiert wurde. Er zeigt auf, dass diese Zuschüsse, die in Richtung VTF und andere gehen, doch sehr solide durch das Rechnungsprüfungsamt überwacht und kontrolliert werden.

TOP 7
Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Der Vorsitzende, Herr Baumecker, schließt den Tagesordnungspunkt und beendet die Sitzung.

Luckenwalde, d.04.04.2018

Michael Baumecker
Der Vorsitzende